

Gemeinsames Gedenken am 65. Jahrestag des Kriegsbeginns ist ein Zeichen der Versöhnung

Michael Glos und Erwin Marschewski zur Teilnahme an der Gedenkveranstaltung der polnischen Botschaft

Gerne sind wir der persönlichen Einladung des polnischen Botschafters in Deutschland, Dr. Andrzej Byrt, gefolgt, an der Gedenkveranstaltung der polnischen Botschaft anlässlich des 65. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges in der Neuen Wache in Berlin teilzunehmen.

Die Einladung, gemeinsam schweigend der Millionen Opfer des am 1. September 1939, vor 65 Jahren, begonnenen Zweiten Weltkrieges zu gedenken, war ein wichtiger Anlass, sich der gemeinsamen Geschichte zu erinnern.

Mit dem Überfall auf Polen begann der Zweite Weltkrieg und damit der wohl größte, dramatischste und folgenreichste Konflikt in der Geschichte der Menschheit. Mehr als 50 Millionen Menschen verloren ihr Leben, Unzählige ihr Hab und Gut. Menschen wurden zur Flucht gezwungen, zur Übersiedlung, wurden vertrieben.

Das gemeinsame Gedenken ist ein wichtiges Zeichen der Versöhnung, damit so etwas niemals wieder geschehen kann.

An der Gedenkveranstaltung in der Neuen Wache in Berlin nahmen Vertreter der im Bundestag vertretenen Parteien, des diplomatischen Korps sowie der deutschen und polnischen Streitkräfte teil.



Michael Glos, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und Erwin Marschewski, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, während der Kranzniederlegung.

INHALT

SEITE 2
UNBEQUEMES KAPITEL DER GESCHICHTE SOLLTE NICHT WEGGESCHLOSSEN WERDEN

Kommentar von Thomas Urban (Auszüge)

SEITE 3
VERTREIBUNG UND ENTSCHÄDIGUNGSLOSE ENTEIGNUNG SIND VÖLKERRECHTSWIDRIG

Erwin Marschewski

SEITE 4
BUND DER VERTRIEBENEN BEGING FESTAKT ZUM TAG DER HEIMAT IN BERLIN

IAV

SEITE 7
AUFNAHMEBESCHIED FÜR AUSSIEDLER UND SPÄT-AUSSIEDLER VERLIEREN NICHT IHRE WIRKSAMKEIT

Jochen-Konrad Fromme

Bundesregierung gibt sich zu aktuellen Fragen im deutsch-polnischen Verhältnis wortkarg

Schriftliche Fragen zur Problematik polnischer Reparationsforderungen und zur Entschädigungsproblematik

Im Zusammenhang mit der vom polnischen Sejm gestellten Forderung nach Reparationszahlungen und der Frage nach Entschädigungen heimatvertriebener Deutscher stellte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“, Erwin Marschewski, im August folgende Schriftliche Fragen an die Bundesregierung:

Wie beurteilt die Bundesregierung in rechtlicher Hinsicht die im polnischen Sejm am 27. August dieses Jahres diskutierten Reparationsforderungen Polens gegenüber der Bundesrepublik Deutschland?

Daraufhin antwortete der Staatsminister für Europa, Hans-Martin Bury, wie folgt:

Die Reparationsfrage im Verhältnis zu Polen ist nach Auffassung der Bundesregierung abschließend geregelt.

Inwieweit sind Pressemeldungen zutreffend, wonach die Bundesregierung in der Frage einer Entschädigung von Heimatvertriebenen Deutschen gemeinsam mit Polen nach einer europäischen Lösung sucht und welche Vorstellungen hat die Bundesregierung bezüglich einer solchen Lösung (Quelle: AP vom 13. August 2004) ?

Auf diese Frage antwortete Staatsminister Bury wie folgt:

Die Bundesregierung sind derartige Pressemeldungen weder bekannt, noch strebt sie eine wie in ihrer Frage angeführte Lösung an.

Unbequemes Kapitel der Geschichte sollte nicht weggeschlossen werden

Ein Kommentar zum aktuellen deutsch-polnischen Verhältnis von Thomas Urban (Süddeutsche Zeitung)

Unter der Überschrift „Wie man mit den Polen reden muss“ erschien im Zusammenhang mit der Resolution des polnischen Sejms, Reparationsforderungen von Deutschland einzufordern, am 13.9.2004 ein Kommentar von Thomas Urban in der Süddeutschen Zeitung, der hier in Auszügen wiedergegeben wird.

„Fünfzehn Jahre ist die polnische Demokratie nun alt, das Land hat in dieser Zeit elf Premierminister erlebt, es gab unzählige Parteigründungen und –auflösungen. Die politische Landschaft ist also sehr instabil, die Stimmungen sehr wechselhaft. Nur in einem Punkt gibt es Stabilität, steht die ganze Nation zusammen: Wenn die Rede auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete kommt, auf die Vertreibung und Zwangsausiedlung der deutschen Bevölkerung nach dem Krieg.

So bejubelte nun fast die gesamte Presse die jüngste Resolution des Sejms, die von rechten Gruppierungen formuliert worden war. Der Sejm forderte die sozialdemokratische Minderheitsregierung auf, von Berlin Reparationen für die Zerstörungen zu verlangen, die die deutschen Besatzer während des Zweiten Weltkrieges angerichtet haben.“

Zur Situation in der Bundesrepublik schrieb Urban:

„Anlass: die Forderungen der Preußischen Treuhand, einer Rechtsberatungsfirma, die Vertriebene und Spätaussiedler bei ihren Forderungen nach Rückübertragung ihres früheren Eigentums in den Oder-Neiße-Gebieten unterstützt, sowie der Plan, in Berlin ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ einzurichten. Nur: Die preußische Treuhand, die wohl kaum mehr als tausend Anteilseigner zählt, ist keine staatliche Institution – die Regierung sowie alle im Bundestag vertretenen Parteien, sogar die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach,

distanzieren sich von ihr. Auch die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ wird nicht von der Regierung unterstützt, allerdings stehen nicht nur die großen Kirchen, sondern auch prominente Altlinke und jüdische Intellektuelle hinter ihr. [...]“

Zu der Frage, warum das politische Klima in Polen zunehmend emotionaler wird, schreibt Urban weiter:

„Was ist zwischen der ersten und der zweiten polnischen Vertreibungsdebatte geschehen? Zunächst gab es innenpolitisch eine tektonische Verschiebung nach rechts, weil die regierenden postkommunistischen Sozialdemokraten sich durch Korruptionsaffären völlig diskreditiert haben. Die nun den Ton angegebenden Rechten misstrauen traditionell den Deutschen, die Nationalisten sehen sie gar als Erbfeind an. Gleichzeitig wollen sie den Mythos vom Volk der Helden und Opfer verteidigen.“

Zur Politik der Bundesregierung schrieb Urban:

„Wenn Kanzler Schröder Ihnen („den Initiatoren des Zentrums gegen Vertreibungen“) die Schuld am an den neuerlichen Spannungen gibt, verkennt er die tiefe moralische Dimension des Streits um die Vertreibung.“ [...]

Vielmehr sollte die Berliner Kulturpolitik mit den zum Dialog (und auch Verzicht) bereiten Vertriebenen zusammenarbeiten – und somit die dialogbereiten Polen; die derzeit an der Weichsel in die Defensive geraten sind stützen. Die Bundesregierung sollte nicht versuchen, ein unbequemes Kapitel der Geschichte wegzuschließen. Sie sollte dafür Sorge tragen, dass es gemeinsam mit den Nachbarn aufgearbeitet werden kann.“ [...]

Vertreibung und entschädigungslose Enteignung sind völkerrechtswidrig

Erwin Marschewski zu der Position der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Entschädigungsdebatte

CDU und CSU haben ein vitales Interesse an einer dauerhaften Verständigung und endgültigen Aussöhnung mit unseren polnischen Nachbarn. Ein gutes deutsch-polnisches Verhältnis ist wichtig für den Frieden in Europa. Dieses zukunftsgerichtet fortzuentwickeln ist daher ein wichtiges Anliegen von CDU und CSU.

Die in der Europäischen Union geltende Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit ist ein weiterer wichtiger Schritt, der auch der Verwirklichung des Rechts auf die Heimat für die deutschen Heimatvertriebenen dient. Die Europäische Union versteht sich als Rechts- und Wertegemeinschaft, in der die Völker und Volksgruppen einträchtig und ohne rechtliche Diskriminierung zusammenleben können.

Wir wenden uns gegen die Aktivitäten der „Preußischen Treuhand“. Diese leistet keinen Beitrag zu einem gedeihlichen Miteinander zwischen Polen und Deutschen. Wir begrüßen es, dass sich das Präsidium des Bundes der Vertriebenen (BdV) von der „Preußischen Treuhand“ distanziert hat.

Was die Rede von Bundeskanzler Schröder am 1. August in Warschau anbetrifft, so war es unredlich, sich gegen das Eigentumsrecht der heimatvertriebenen Deutschen zu stellen.

Denn bisher haben alle Bundesregierungen seit 1949, auch die jetzige rot-grüne, die Vertreibung der Deutschen und die entschädigungslose Enteignung deutschen Vermögens als völkerrechtswidrig verurteilt.

Daher wurde in allen völkerrechtlichen Verträgen, so auch im Vertrag mit Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit von 1991, jeweils in dem dazugehörigen Briefwechsel festgelegt, dass sich der Vertrag nicht mit Vermögensfragen befasst. Dies wurde ausdrücklich offen gelassen, was das Bundesverfassungsgericht auch bestätigt hat.

Der Bundeskanzler weiß daher nur zu gut, dass er regierungsseitig nicht auf das Eigentum Privater verzichten kann. Dies lässt unsere grundgesetzlich verankerte Eigentumsordnung nicht zu. Er sollte daher gegenüber unseren Partnern in Europa nicht den Eindruck erwecken, als könnte er dies. Auch kommt eine innerdeutsche Regelung der Eigentumsfragen nicht in Betracht.



Erwin Marschewski

Hessen begeht Tag der Heimat mit landesweit 26 Veranstaltungen

Silke Lautenschläger und Rudolf Friedrich stellen Programm zum Tag der Heimat in Hessen vor

In Hessen wird der Tag der Heimat in diesem Jahr mit landesweit insgesamt 26 Veranstaltungen begangen. Der Startschuss für die Veranstaltungsreihe fiel bereits am 28. August 2004.

Die hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger und der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, äußerten sich in Wiesbaden unter anderem zum diesjährigen Motto des Tages der Heimat, „Dialog führen - Europa gestalten“, das beispielhaft für das großartige Engagement, mit dem sich die deutschen Heimatvertriebenen für ein friedliches Zusammenleben der europäischen Völker eingesetzt haben, stehen würde.

„Mit diesem europäischen Geist sind die Heimatvertriebenen zu wichtigen Brückenbauern zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn geworden“, so Lautenschläger und Friedrich. Dieser ständige, grenzüberschreitende Einsatz für die Verständigung und die Versöhnung habe ganz wesentlich dazu beigetragen, dass zum 1. Mai dieses Jahres

zehn neue Mitgliedstaaten in die Europäische Union aufgenommen werden konnten.

Die zentrale Veranstaltung zum diesjährigen Tag der Heimat wird am 18. September 2004 im Biebricher Schloss in Wiesbaden stattfinden. Die Festrede wird Sozialministerin Silke Lautenschläger halten.

Landesbeauftragter Friedrich vertrat die Hessische Landesregierung auf der zentralen Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen am 4. September 2004 in Berlin und legte im Auftrag des Hessischen Ministerpräsidenten am Zentralen Mahmal der deutschen Heimatvertriebenen einen Kranz nieder.

Die 26 regionalen Veranstaltungen des Bundes der Vertriebenen in Hessen haben für die Landesregierung einen ganz besonderen Stellenwert. So werden neben der Sozialministerin Silke Lautenschläger auch Justizminister Dr. Christean Wagner und Landesbeauftragter Rudolf Friedrich sprechen.

Bund der Vertriebenen beging Festakt zum Tag der Heimat in Berlin

Bohumil Doležal mit der Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen ausgezeichnet

Vor rund 1000 Teilnehmern fand in Berlin am 4.9.2004 der Festakt zum bundesweit begangenen „Tag der Heimat“ statt.

Zu den Rednern zählte neben BdV-Präsidentin Erika Steinbach der tschechische Politologe Bohumil Doležal, der für seine Verdienste um das deutsch-tschechische Verhältnis die BdV-Ehrenplakette erhielt, der Präsident des Bundesrates, Ministerpräsident Dieter Althaus und der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Fritz Rudolf Körper, der den verhinderten Bundesinnenminister Otto Schily vertrat. Für die musikalische Rahmenprogramm sorgte das Bläserensemble der Deutschen Oper Berlin.

Erika Steinbach erinnerte in ihrer Rede an die Tradition des „Tages der Heimat“ und das schwerwiegende Schicksal, das die deutschen Heimatvertriebenen nach Kriegsende erleiden mussten.

Das Gedenken an die Opfer der Vertreibung verband Steinbach mit der Aufforderung: „Die Toten haben ihren Frieden gefunden. Sie mahnen uns tausend – ja millionenfach für den Frieden zu arbeiten. Das ist unser Auftrag. Krieg und Gewalt müssen in aller Welt ein Ende haben, damit menschliches Leid verhindert wird. Dazu wollen wir beitragen.“

Mit Bezug auf die Rede des Bundeskanzlers in Warschau formulierte die BdV-Präsidentin:

„Die deutschen Vertriebenen haben sich an so manche Zumutung seitens der Politik fast schon gewöhnt. Wir wissen, dass es manchem politisch Verantwortlichen zuwider ist, sich für diesen Schicksalsteil deutscher Geschichte und die davon betroffenen Menschen im dafür verantwortlichen Ausland einzusetzen.

Wenn aber deutscherseits von Warschau aus gegen die Anliegen eines erheblichen Teils der eigenen Bevölkerung Position bezogen wird, so ist das eine neue Facette deutscher Politik. Dafür gibt es nur eine Vokabel: Unanständig!

Weder ein französischer, noch ein britischer, amerikanischer, polnischer oder tschechischer Regierungschef würde jemals so mit seinen eigenen Bürgern umgehen. Auch dann nicht, wenn er deren Anliegen nicht teilte.“

Zu den politischen Folgen der durch die preußischen Treuhänder angestrebten Klagen äußerte Steinbach:

„Aber, so richtig die Feststellung ist, dass nicht nur die Vertreibung sondern auch die Enteignung völkerrechtswidrig war und ist, so weltfremd ist die Vorstellung einiger, dass die Heimatvertriebenen an eine volle Restitution ihres Eigentums wirklich glauben oder auch nur an eine angemessene Entschädigung.

Es geht vielmehr um die Heilung des Vertreibungsunrechtes. Und die hat mit menschlicher Zuwendung und moralischer Verantwortung zu tun. Die Vermögensfrage spielt für die meisten Vertriebenen keine zentrale Rolle. Wer das ernsthaft bestreitet, lebt auf einem anderen Stern. Die traumatischen, seelischen und körperlichen Folgen der

Vertreibung stehen für alle im Vordergrund und der Zorn über mangelndes Mitgefühl. Der beste Beleg: Seit dem Fall des Eisernen Vorhanges und dem Aufblühen der Demokratien in unseren östlichen Nachbarländern hätten doch längst Hunderttausende, ja Millionen Vertriebene den Klageweg beschreiten können, um ihr Eigentum zurückzuerlangen. Sie taten es nicht. Gemessen an der Zahl der möglichen Interessenten ist das Klageinteresse wirklich mehr als kümmerlich. Das spricht doch Bände.

Und wenn selbst die hartnäckigsten Verfechter der Eigentumsfrage nach Austausch aller Argumente sagen, dass es ihnen letztlich nur um das Prinzip gehe. Dann sage ich, liebe Freunde, man kann sich auch mit Prinzipien zu Tode reiten.“

Die BdV-Präsidentin beschloss ihre Rede mit einem klaren Plädoyer für das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin:

„Das zentrale Anliegen der allermeisten Vertriebenen ist, neben dem Kontakt zur Heimat, die Bewahrung des leidvollen Schicksals der deutschen Heimatvertriebenen und ihres kulturellen Erbes im kollektiven Gedächtnis unseres eigenen Landes. Die Vertriebenen haben ein Sonderopfer erlitten. Dennoch ist dieses Sonderopfer Teil gesamtdeutscher Geschichte. Deutschland wurde demographisch niemals zuvor so dramatisch verändert wie durch die millionenfache Vertreibung Deutscher aus ganz Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Es geht alle an. Die einen weil sie Opfer waren, die anderen weil sie das Glück hatten keine Vertreibungsoffer gewesen zu sein.

Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ wird hier in Berlin diesen Teil deutscher Geschichte in aller Sachlichkeit und mit Gewissenhaftigkeit aufnehmen. Selten habe ich eine törichtere Behauptung gegen diese Stiftung gehört als das Argument, man wolle damit die Geschichte umschreiben oder auf den Kopf stellen. Wenn jemand Interesse an der Wahrhaftigkeit der Geschichtsdarstellung hat, dann sind es die Heimatvertriebenen. Zu oft sind wir mit Geschichtsklitterung konfrontiert worden.

Wir wollen, dass die Wahrheit dargestellt wird, und nichts als die Wahrheit.“

Als Vertreter für die Bundesregierung war in Vertretung für Bundesin-



BdV-Präsidentin Erika Steinbach

nenminister Schily, der parlamentarische Staatssekretär Fritz Rudolf Körper erschienen.

Körper würdigte den in der 1950 verfassten „Charta der Heimatvertriebenen“ festgehaltenen Verzicht der Heimatvertriebenen auf Vergeltung und das in ihr geäußerte Bekenntnis zu einem einigen Europa.

Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers in Warschau merkte der parlamentarische Staatssekretär an: „Bundeskanzler Schröder hat in seiner Rede zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstandes in Polen verdeutlicht, dass die Bundesregierung weder heute noch in Zukunft im Zusammenhang mit der Vertreibung und entschädigungslosen Enteignung von Deutschen Entschädigungsforderungen unterstützen wird. Jede andere Aussage wäre angesichts ihrer bisherigen konsequenten, stets auf Aussöhnung gerichteten Ostpolitik unglauwbürlich.“

Hinsichtlich der Debatte um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ sprach sich Körper deutlich für eine Miteinbeziehung der Erlebnisgeneration ein:

„Die Erlebnisgeneration der deutschen Vertriebenen sollte an den Überlegungen beteiligt werden. Ich teile die Auffassung von Bundespräsident Horst Köhler, der sich für eine „konsensuale Lösung“ ausgesprochen hat, die im Dialog mit den anderen betroffenen Staaten diskutiert werden muss.“

Der tschechische Politologe Bohumil Doležal wurde während des Festaktes mit der Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen ausgezeichnet. Doležal hatte sich in der Vergangenheit immer wieder für das deutsch-tschechische Verhältnis eingesetzt und für einen vorurteilsfreien Dialog mit den Sudetendeutschen eingesetzt.

Bohumil Doležal gehörte 1968 zu den Gegnern des kommunistischen Unrechtsregimes und hatte lange Zeit unter den Schikanen der kommunistischen Behörden zu leiden. Doležal gehörte auch zu den Unterzeichnern der „Charta 77“ um Vaclav Havel.

In seiner Dankesrede äußerte sich Doležal auch zum aktuellen deutsch-tschechischen Verhältnis:

„[...]Es sieht fast so aus, als ob wir immer noch in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende lebten. Die Besiegten leisten Entschädigungen und geben Entschuldigungen ab, die jedoch keine wirkliche Versöhnung zur Folge haben. Unter diesen Umständen kann leicht übersehen werden, dass es auch auf der Seite der Sieger Probleme gibt; eines dieser Probleme ist die Vertreibung der Sudetendeutschen, die von der damaligen Tschechoslowakei initiiert, von der UdSSR heftig unterstützt und von den Westalliierten in Potsdam abgesegnet wurde. Sie wird häufig immer noch als eine historische Notwendigkeit erklärt, die jenseits von Gut und Böse steht.

Freilich lassen sich Vertreibung und Holocaust nicht auf dieselbe Ebene stellen: der Holocaust war Genozid, die Vertreibung war eine brutale ethnische Säuberung. Aber ein größeres Unrecht kann ein kleineres nicht rechtfertigen.

Manchmal gewinnt man den Eindruck, als hätten deutsche Entschädigungszahlungen und deutsche Entschuldigungen die Spannungen eher verschärft als abgebaut. In der tschechischen Gesellschaft etwa hat der Hass in den letzten Jahren zugenommen und es ist sogar zu befürchten, dass er sich auf den Stand der bürgerlichen Freiheiten in unserem Lande negativ auswirken wird.

Andererseits aber gibt es die gefährliche Illusion, zu glauben, daß alles Unrecht, das in der Vergangenheit geschehen ist, vollkommen wieder gutgemacht werden könnte. Deshalb halte ich es für wichtig, zu betonen: Die Korrekturen, von denen ich gesprochen habe, können nach so vielen Jahren nur in der „Milderung der Folgen einiger Unrechte“ bestehen (so heißt es in den tschechischen Restitutionsgesetzen, die diesem Vorhaben leider sehr viel schuldig geblieben sind). Die Milderung der Folgen des Unrechts aber kann man auf dem Rechtsweg, auf dem Weg der völligen Entschädigung und der Eigentumsrückgabe kaum erreichen, sondern nur auf dem Wege politischer Vereinbarungen, die Gesten des guten Willens nach sich ziehen. Leider hat bisher keine tschechische Regierung den Mut gefunden, wirklich entgegenkommende Schritte in dieser Richtung zu setzen.“

Als Hauptredner des Festaktes ergriff Thüringens Ministerpräsident und Bundesratspräsident Dieter Althaus das Wort.

Althaus erinnerte daran, dass die Bürger aus den neuen Bundesländern erst seit der Wende am „Tag der Heimat“ teilnehmen können. Ausdrücklich lobte der thüringische Ministerpräsident den wegweisenden Charakter der „Charta der Heimatvertriebenen“, die als „Hand zur Versöhnung“ verstanden werden könnte.

Althaus wörtlich: „Kann es ein deutlicheres Zeichen des Miteinanders, eine großartigere Geste der Friedfertigkeit geben? [...] Nicht zuletzt deshalb hat der Bundesrat die Bundesregierung im vergangenen Jahr aufgefordert, den 5. August zum Nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung zu erklären. Damit setzen wir ein sichtbares Zeichen der Verbundenheit mit den Vertriebenen.“

Im Hinblick auf die aktuellen Ereignisse im Sudan forderte Althaus, dass die Lehren aus den Vertreibungsverbrechen des 20. Jahrhunderts gezogen werden müssten und es keine nachträglichen Alibis für Vertreibungsverbrechen geben dürfe.

Im Hinblick auf das zusammenwachsende Europa sprach sich Althaus für eine gemeinsame Aufarbeitung der Geschichte aus. In der Standortfrage des „Zentrums gegen Vertreibungen“ votierte der thüringische Ministerpräsident für Berlin, das als Bildungshauptstadt einerseits und als geschichtsträchtiger Ort andererseits der sinnvollste Ort für ein würdiges Gedenken sei. Das Vertreibungsverbrechen bleibe auf diese Weise sichtbar und ein ewiger „Stachel im Fleisch der Politik“.

Die Bedeutung der Heimat würdigte Althaus mit dem Schiller-Zitat: „Heimat ist wohl das wichtigste was man besitzt“ und würdigte das diesjährige Motto des Tages der Heimat „Dialog führen – Europa gestalten“ als logische Umsetzung des Grundgedankens der bereits 1950 in der „Charta der Heimatvertriebenen“ festgehaltenen Grundsätze zur Aussöhnung der europäischen Völker. (IAV)



Bundesratspräsident Dieter Althaus

Vergangenheit ohne Gegenwart

Ein Gastbeitrag von Herbert Hupka zur Zukunft Schlesiens und der deutsch-polnischen Beziehungen (Auszüge)

„Das „Zentrum gegen Vertreibungen“, so notwendig es und hoffentlich auch in naher Zukunft mit Standort Berlin ist, es ist zunächst und dies zu Recht, ein Blick zurück. Wir wollen und sollen die Vergangenheit aufarbeiten. Es seien hier nur die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges mit all seinen grausamen Ereignissen und Folgen genannt, aber auch das Verbrechen der Vertreibung und der widerrechtliche Eigentumsentzug. Auch die Forderungen nach Bestrafung der Schuldigen und nach einer Entschädigung für Zwangsarbeit, die Deutsche nach Kriegsende als rechtslose Sklaven haben leisten müssen.

Aber kein Autofahrer darf nur, so notwendig das auch ist, mit dem Rückspiegel fahren, sondern muss den Blick nach vorn richten und dies in nicht abgelenkter, sondern voller Aufmerksamkeit.[...]

Der Beitritt unseres polnischen Nachbarn zur Europäischen Union öffnet ganz neue Möglichkeiten, für Schlesien zu wirken. Hier ist vordergründig die Ökonomie angesprochen. Aber auch das Recht auf die Heimat, frei von jeglicher neuer Vertreibung, darf und sollte realisiert werden. Uns Schlesiern sagt man nach, bisweilen sogar spöttisch: Ihr könnt von Eurem Schlesien, von der Heimat nicht lassen. Dem ist so, und das gilt für Generationen. Die offenen Grenzen, die im Europa der freien Völker Linien geworden sind, laden zum Besuch in der Heimat ein. Diese weckt geradezu Neugierde auf Schlesien, und das ist auch gut so. Man ist versucht, den Reiz der vielen schlesischen Bäder von Altheide bis Warmbrunn zu vermitteln, um gleichzeitig Schlesien kennen zu lernen, auch wenn in Schlesien heute mehrheitlich polnisch gesprochen wird.

Die Sprache gehört zur Vermittlung zwischen den Nachbarn, weshalb immer wieder aufgefordert werden sollte, sich das Polnische als Sprache unseres Nachbarn anzueignen, zumal viele Polen sich des Deutschen befleißigen, was anerkannt werden sollte.

Unsere Landsleute in der Heimat müssen in die Aufgaben der Gegenwart miteinbezogen werden. Die gegenwärtige Bundesregierung lässt sie allein. Wir haben für ihre Rechte zu streiten, ihnen hilfreich zur Seite zu stehen, sie spüren zu lassen, dass wir Schlesier, diesseits und jenseits von Oder und Görlitzer Neiße, eine Familie sind.

Warum fordern wir nicht ein deutsches Gymnasium, so wie es in der Weimarer Republik für eine polnische Minderheit ein polnisches Gymnasium in Beuthen gegeben hat? Es gehört zu einer guten Nachbarschaft, dass eine Minderheit die Chance erhält, für die Bildung dieser Minderheit Sorge zu tragen. Wir haben uns als Anwalt unserer Landsleute in der Heimat zu verstehen.

Gegen die bewusst inszenierten Missverständnisse, gegen das angeblich zur Zeit schlechte „deutsch-polnische“ Verhältnis setzen wir die „Nachbarschaft von unten“, verweisen wir auf die Partnerschaften, die sich aus den Patenschaften entwickelt haben. Hier wurde beispielhaft gehandelt und muss auch weiterhin gehandelt werden.[...]

Schlesien heute, mit dem Blick in die Zukunft, haben wir uns zu stellen. Wir, das meint selbstverständlich nicht nur den Schlesier, sondern uns als Bürger unseres Vaterlandes Deutschland. Zurück zu blicken ist notwendig und auch heilsam, aber das Hier und Heute fordert uns heraus.“

Zuzug von Spätaussiedlern nach Hessen weiter rückläufig

Neue Aufnahmestrukturen haben sich bewährt – Eigeninitiative zum Erwerb der deutschen Sprache wichtig

Nach Angaben des hessischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, sei die Zahl der nach Hessen kommenden Spätaussiedler weiter rückläufig. Im ersten Halbjahr 2004 wurden insgesamt 1.964 Spätaussiedler aufgenommen, 617 (24,05 Prozent) weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Bewährt haben sich nach den Worten des Landesbeauftragten die veränderten Aufnahmestrukturen. Die Spätaussiedler, die nach Hessen kommen, werden seit dem 1. Januar 2002 gleichmäßig über das Land verteilt. Dies erfolgt auf Wunsch der kommunalen Spitzenverbände und auf der Grundlage einer Hessischen Verteilungsverordnung anhand von Zuweisungsquoten für die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte, die sich an deren Bevölkerungszahl orientieren. „Diese dezentrale

Unterbringung erleichtert die Integration der Spätaussiedler und verbessert deren Akzeptanz in der einheimischen Bevölkerung“, zog Friedrich eine positive Bilanz. Außerdem sei dadurch die Entstehung sozialer Brennpunkte verhindert worden.

Friedrich appellierte an alle Spätaussiedler und deren Familienangehörigen, die in den letzten Jahren nach Hessen gekommen sind, sich selbst aktiv für die Integration ihrer Landsleute einzusetzen. Besonders wichtig sei es, neben den staatlichen Fördermaßnahmen auch Eigeninitiativen hinsichtlich des Erwerbs der deutschen Sprache zu ergreifen. Wer sich dauerhaft und rechtmäßig in der Bundesrepublik befinde, die deutsche Sprache aber nicht beherrsche, könne das Integrationsziel nicht erreichen und sei deshalb von Arbeitslosigkeit bedroht.

Aufnahmebescheide für Aussiedler und Spätaussiedler verlieren nicht ihre Wirksamkeit

Jochen-Konrad Fromme tritt Gerüchten über Auswirkungen des neuen Zuwanderungsgesetzes entgegen

In den Kreisen der Aussiedler und Spätaussiedler gibt es Gerüchte, wonach mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes bisher erteilte Aufnahme- und Einbeziehungsbescheide ihre Wirkung verlieren sollen.

Diese Befürchtungen sind völlig unbegründet. Eine Aberkennung der Bescheide entbehrt jeder rechtlichen Grundlage. Das ist ganz eindeutig.



Jochen-Konrad Fromme

Alle bis zum Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes erteilten Bescheide behalten selbstverständlich ihre Wirksamkeit, auch müssen die einbezogenen Angehörigen nicht nachträglich an einem Sprachtest teilnehmen.

Alle anders lautenden Aussagen sind falsch, das wurde mir auch ausdrücklich von einem Mitarbeiter des Bundesverwaltungsamtes bestätigt.

Anders sieht es nur bei den Aufnahmeanträgen aus, über die noch nicht entschieden wurde. Hier werden nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes die Voraussetzungen für die Erteilung der Bescheide und für die Einbeziehungen nach der neuen Rechtslage beurteilt.

Daher bitte ich, die beiden Sachverhalte, bereits erteilte Aufnahme- und Einbeziehungsbescheide einerseits und noch nicht entschiedene Aufnahmeanträge andererseits, strikt zu trennen, um unnötige Verwirrung zu vermeiden.

Spätaussiedlerzahlen in Bayern um 24 Prozent gesunken

Neues Zuwanderungsgesetz in Kraft – Verbesserte Integrationschancen für Spätaussiedlerfamilien erwartet

„In den ersten sieben Monaten dieses Jahres sind insgesamt 4.620 Spätaussiedler nach Bayern gekommen - das sind 24 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres“. Diese Zwischenbilanz zog die Aussiedlerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Sozialministerin Christa Stewens, Anfang September in München.

Bundesweit wurden im gleichen Zeitraum 32.305 Aussiedler aufgenommen; rund 99 Prozent der Neuankömmlinge kommen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen GUS.

Stewens: „Dieser rückläufige Trend ist bereits seit Jahren zu beobachten: Kamen 1990 noch über 64.000 deutsche Spätaussiedler nach Bayern, so waren es Ende letzten Jahres nur noch rund 10.500. In diesem Jahr erwarten wir rund 8.000. Beinahe die Hälfte der Neuankömmlinge wird dabei jünger als 27 Jahre sein.“

Trotz der rückläufigen Zugangszahlen bleibt die Integration der Spätaussiedler „auch weiterhin eine große Herausforderung“.

Stewens: "Die Sprachkenntnisse der Neuankömmlinge werden immer schlechter: Der Anteil der Spätaussiedler mit einem erfolgreichen Sprachtest liegt inzwischen bei nur noch 20 Prozent, die mitreisenden

Familienangehörigen haben in der Regel keinerlei oder nur geringe deutsche Sprachkenntnisse.“

Das Maß für die Zuwanderung muss nach den Worten der Ministerin immer die Integrationsfähigkeit der Spätaussiedler sein.

Stewens: "Integration kann nur mit ausreichenden Sprachkenntnissen gelingen. Durch das Zuwanderungsgesetz, das inzwischen im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde und das bereits in einigen Teilen in Kraft getreten ist, werden jetzt ab 1. Januar 2005 auch von den Familienangehörigen der Spätaussiedler Grundkenntnisse der deutschen Sprache vor der Ausreise verlangt, um sie in den Aufnahmebescheid eines Spätaussiedlers einbeziehen zu können.

Dies hatte Bayern schon seit langem gefordert. Allein durch diese Maßnahme dürfte sich die Zahl der in Bayern aufzunehmenden Spätaussiedler weiter reduzieren und die Integrationschancen der Spätaussiedlerfamilien verbessern.“

Der Nachzug von Ehegatten und minderjährigen Kindern von Spätaussiedlern könne bei Nichtbestehen des Sprachtests in Zukunft nur noch nach ausländerrechtlichen Bestimmungen erfolgen.

Hessen gedenkt Vertreibung der Wolgadeutschen

Mit einer Gedenkveranstaltung hat der hessische Landtag an die ab dem 28. August 1941 begonnene Vertreibung der Wolgadeutschen erinnert.

Für den Schirmherrn der Veranstaltung, Ministerpräsident Roland Koch, betonte der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, dass die Gedenkveranstaltung ein Beitrag zu einem wachsenden Verständnis für die Wolgadeutschen sein solle. Die Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft sei eine wesentliche Voraussetzung für eine gelungene Integration der Spätaussiedler. Friedrich verwies auf die vielfältigen Integrationshilfen für Spätaussiedler in Hessen. Gerade die Sprachförderung, die bereits im Kindergartenalter ansetze, und die Multiplikatorenschulungen seien von entscheidender Bedeutung.

Der Landesbeauftragte versicherte, dass die hessische Landesregierung auch in Zukunft ein verlässlicher Partner der deutschen Aussiedler bleiben wolle.

Aufruf zum Tag der Heimat 2004

„Seit dem 1. Mai 2004 ist die alte Heimat vieler deutscher Vertriebenen Teil der Europäischen Union. Dieses epochale Ereignis ist auch ein Erfolg der jahrzehntelangen, grenzüberschreitenden Arbeit für Verständigung und Aussöhnung der deutschen Heimatvertriebenen“, erklärte der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel in seinem Aufruf zum diesjährigen Tag der Heimat am Sonntag, den 12. September 2004.

Bundesweit steht der diesjährige Tag der Heimat unter dem Motto „Dialog führen – Europa gestalten“. Der Tag der Heimat ist ein Höhepunkt der Heimattage Baden-Württemberg 2004, die mit einem vielfältigen Jahresprogramm von der Stadt Weingarten ausgerichtet werden. Am Tag der Heimat fand in Weingarten zum Abschluss des großen Festwochenendes neben einem Festumzug ein Landesfest statt, an dem auch Ministerpräsident Erwin Teufel teilgenommen hat.

Die Heimatvertriebenen seien stets dafür eingetreten, die Perspektive für eine gemeinsame Zukunft in Europa zu eröffnen, sagte Ministerpräsident Erwin Teufel. Noch unter dem Eindruck der unmittelbaren Ereignisse am Ende des Zweiten Weltkrieges, die geprägt gewesen seien vom Verlust der Heimat durch Flucht und Vertreibung, hätten sich die Heimatvertriebenen und ihre Organisationen und Verbände dafür eingesetzt, die Gräben der Vergangenheit zu überwinden. Das bedeutendste Zeugnis dieser Bemühungen sei dabei die Charta der deutschen Heimatvertriebenen, die am 5. August 1950 in Stuttgart unterzeichnet worden sei. Die Charta werde zu Recht als Grundgesetz der Vertriebenen bezeichnet. „Sie ist und bleibt ein Dokument des Friedens von hohem historischem Rang. Die Heimatvertriebenen haben damit den Weg in eine gemeinsame und friedvolle europäische Zukunft gewiesen. Das Bekenntnis zur Schaffung eines geeinten Europas, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können, verleiht der Charta ihre große Bedeutung“, betonte Ministerpräsident Teufel.

Historisches Kalenderblatt (1. bis 31. Oktober)

Vor 140 Jahren: Mit dem Frieden von Wien (30.10.) endet der deutsch-dänische Krieg. Dänemark musste die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an Preußen und Österreich abtreten.

Vor 125 Jahren: Deutschland und Österreich-Ungarn unterzeichnen ein Geheimabkommen des gegenseitigen militärischen Beistandes bei einem russischen Angriff (7.10.). Drei Jahre später trat Italien hinzu.

Vor 60 Jahren: Der Warschauer Aufstand gegen die deutsche Besatzung endet mit der Niederschlagung der polnischen „Heimarmee“ (2.10.). Die Rote Armee hatte in die Kämpfe nicht eingegriffen, obwohl sie das Ostufer der Weichsel bereits besetzt hatte. Insgesamt kamen bei den zweimonatigen Kämpfen über 200.000 Menschen ums Leben.

Vor 15 Jahren: Erich Honecker tritt als Staatsratsvorsitzender, 12 Tage nach dem 40. Jahrestag der DDR, zurück (18.10.).

IMPRESSUM

Herausgeber: Volker Kauder MdB
Dr. Peter Ramsauer MdB
Parlamentarische Geschäftsführer
Erwin Marschewski MdB

V.i.S.d.P.: Eva Christiansen

Redaktion: Thomas Helm (Hauptredaktion)
Katrin Kohl
Ingo Hallmann

Sekretariat: Christina Maschkewitz

Kontakt: Gruppe der Vertriebenen und
Flüchtlinge
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-55364
Telefax (0 30) 2 27-56154